



N i e d e r s c h r i f t

**über die 54. - öffentliche - Sitzung (Reise)
des Ausschusses für Inneres und Sport
am 27. Juni 2019**

DRK-Landesverband Niedersachsen, Hannover-Misburg

Tagesordnung:

Seite:

**Besuch des Simulations- und Trainingszentrums (SiTZ) in Hannover-Misburg
auf dem Gelände des DRK-Landesverbandes Niedersachsen und Gespräch
mit Dr. Ralf Selbach (Landesgeschäftsführer des DRK-Landesverbandes
Niedersachsen)**

Gespräch mit Dr. Ralf Selbach 5

Rundgang durch das SiTZ..... 14

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Thomas Adasch (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Rüdiger Kauroff (i. V. d. Abg. Karsten Becker) (SPD)
3. Abg. Dunja Kreiser (SPD)
4. Abg. Deniz Kurku (SPD)
5. Abg. Sebastian Zinke (i. V. d. Abg. Bernd Lynack) (SPD)
6. Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD)
7. Abg. Ulrich Watermann (SPD)
8. Abg. André Bock (CDU)
9. Abg. Veronika Koch (i. V. D. Abg. Rainer Fredermann) (CDU)
10. Abg. Bernd-Carsten Hiebing (CDU)
11. Abg. Sebastian Lechner (CDU)
12. Abg. Uwe Schünemann (CDU)
13. Abg. Belit Onay (GRÜNE)
14. Abg. Dr. Marco Genthe (FDP)
15. Abg. Jens Ahrends (AfD)

Sitzungsdauer: 10.16 Uhr bis 12.10 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:*Billigung von Niederschriften*

Der **Ausschuss** billigte die Niederschriften über die 51. und die 52. Sitzung.

Terminangelegenheiten

Vors. Abg. **Thomas Adasch** (CDU) berichtete, dass beim Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover der Wunsch an ihn herangetragen worden sei, dass der Innenausschuss die deutsche Minderheit in Schlesien besuche. Diesen Vorschlag stelle er hiermit zur Diskussion.

Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD) sagte, sie sei diesbezüglich auch bereits angesprochen worden und begrüße diesen Vorschlag sehr. Sie sei sehr regelmäßig in Schlesien und denke, dass gerade in der derzeitigen politischen Situation, die für die deutsche Minderheit dort nicht einfachen sei, ein Besuch sinnvoll wäre. Zudem hätte der Ausschuss in diesem Rahmen die Gelegenheit, sich umfassend über das Thema Minderheitenrechte zu informieren.

Abg. **Uwe Schünemann** (CDU) unterstützte den Vorschlag ebenfalls und regte an, den Besuch mit der Teilnahme an der Verleihung des Kulturpreises Schlesien des Landes Niedersachsen, die jährlich wechselnd in Niedersachsen und Schlesien begangen werde, zu verbinden.

Der **Ausschuss** kam überein, die Idee in den Fraktionen zu besprechen und das Thema nach der Sommerpause gegebenenfalls wieder aufzugreifen.

Tagesordnung:

Besuch des Simulations- und Trainingszentrums (SiTZ) in Hannover-Misburg auf dem Gelände des DRK-Landesverbandes Niedersachsen und Gespräch mit Dr. Ralf Selbach (Landesgeschäftsführer des DRK-Landesverbandes Niedersachsen)

Gespräch mit Dr. Ralf Selbach

Der Landesgeschäftsführer des DRK-Landesverbandes Niedersachsen, **Dr. Ralf Selbach**, begrüßte die Ausschussmitglieder im Simulations- und Trainingszentrum und führte einleitend wie folgt aus:

Ich möchte Ihnen heute einen Einblick in die Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) im Allgemeinen und die des Landesverbandes im Besonderen geben und dabei den Schwerpunkt auf Rettungsschule und Katastrophenschutz legen.

Rettungsdienst und Katastrophenschutz sind für uns im Rahmen des sogenannten komplexen Hilfeleistungssystems ein Gefüge aus Hauptamt und Ehrenamt, das ineinandergreift, im Zusammenspiel mit dem Zivilschutz und dem Bund. Alles steht am Ende in einem Gesamtzusammenhang und wird gemeinschaftlich letztlich von den gleichen Menschen geleistet.

Das DRK

Grundlage des Roten Kreuzes ist das Völkerrecht. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat Beobachter-Status bei den Vereinten Nationen. Die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung ist eines der wenigen nicht-staatlichen Völkerrechtssubjekte. Das DRK führt Namen und Kennzeichen bzw. Schutzzeichen des Roten Kreuzes. Zu den drei Schutzzeichen gehören das Rote Kreuz, der Rote Halbmond und der Rote Kristall, der in Asien verwendet wird.

Das DRK ist eine sogenannte Nationale Rotkreuz-Gesellschaft. Jede Nationale Rotkreuz-Gesellschaft muss von der Regierung des jeweiligen Landes anerkannt werden. Weltweit gibt es rund 190 Schwestergesellschaften. Die Rechtsgrundlage des DRK ist das DRK-Gesetz aus dem Jahr 2008. Das Gesetz regelt die Zuständigkeiten des DRK als „Hilfsgesellschaft der deutschen Behörden im humanitären Bereich“. Daraus resultieren Verpflichtungen des DRK im Katastrophenschutz,

Rettungsdienst und Zivilschutz. Wir haben zudem Schwesternschaften, die schwerpunktmäßig in Krankenhäusern tätig sind und auch Verpflichtungen bis in den Zivilschutz hinein haben.

Jede und jeder, die bzw. der haupt- oder ehrenamtlich im DRK tätig ist, ist gemäß der Definition des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf eine Freiwillige bzw. ein Freiwilliger. Denn man leistet seinen Beitrag nicht unmittelbar im staatlichen Auftrag, sondern abgeleitet aus diesem, und man tut es persönlich frei und zur Neutralität verpflichtet - insbesondere im Konfliktfall.

Wenn beispielsweise bürgerkriegsartige Zustände entstehen und das Internationale Komitee den Zivilschutzfall feststellt, dann würde in diesen Konfliktlagen Genf die Führung der Nationalen Gesellschaft in Deutschland übernehmen, um Neutralität zu gewährleisten und zu verhindern, dass sich einzelne handelnde Personen innerhalb des DRK auf eine Seite schlagen. Wenn wir als DRK im Ausland tätig werden, werden wir immer über Genf gerufen. Das Internationale Komitee kümmert sich, vereinfacht gesagt, um den völkerrechtlichen Teil, während die Föderation die Katastrophen- und Krisenhilfe organisiert. Die Schwestergesellschaft in dem jeweiligen Land fragt an, und dann entscheidet Genf, wer dort helfen kann und darf. Das setzt natürlich entsprechende Möglichkeiten voraus.

Ich kann das einmal am Beispiel von Haiti und der dortigen Situation nach dem Erdbeben schildern. Damals hat die Föderation das US-amerikanische Rote Kreuz mit der Federführung des Einsatzes beauftragt, weil es in der Nähe angesiedelt und in Haiti gut vernetzt ist. Ein solcher Einsatz muss dann koordiniert werden, und man braucht Menschen, die das machen. Das US-amerikanische Rote Kreuz hat das DRK gefragt, ob es nicht eine geeignete Koordinatorin oder einen geeigneten Koordinator hat. Wir haben die Unterstützung durch eine junge Frau aus Braunschweig aus dem Bereich des Rettungsdienstes angeboten, die dann im Auftrag des Internationalen Roten Kreuzes über das US-amerikanische Rote Kreuz für zwei Jahre den Einsatz in Haiti koordiniert hat. Wir haben sie dafür für zwei Jahre freigestellt. Sie ist Physikerin und war auch dadurch in jeder Hinsicht in der Lage, den Einsatz nach einem Erdbeben unter humanitären Gesichtspunkten zu steuern.

Der Landesverband Niedersachsen

Unsere Aufgabe in Niedersachsen ergibt sich aus der Gesamtaufgabe in der Nationalen Hilfsgesellschaft des DRK. Wir haben einen Bundesverband, das Generalsekretariat sitzt in Berlin. Der Bundesverband hat im Wesentlichen die Aufgabe der Koordination der internationalen Arbeit. Über den Bundesverband ist das DRK in 50 Ländern dieser Erde im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland und der Internationalen Föderation des Roten Kreuzes tätig. Die Landesverbände sind in diese Arbeit eingebunden.

Wir haben beispielsweise abgeleitet aus den Aufgaben des Bundesverbandes eine Länderzuständigkeit für Litauen und sind seit Jahrzehnten dort aktiv. Wir sind bemüht, das vergleichsweise strukturell schwache Litauische Rote Kreuz zu stützen, insbesondere im Bereich der Ausbildung der Ausbilder in der Ersten Hilfe. Wir wollen und sollen die Selbsthilfefähigkeiten dort stärken. Wir machen dies in Absprache mit dem Litauischen Roten Kreuz und qualifizieren die Multiplikatoren. Diese haben wir auch schon in unsere Landeschule nach Bad Pyrmont eingeladen und haben dort Erste-Hilfe-Ausbilder qualifiziert und Projektarbeit und Ähnliches mit den Beteiligten eingeübt.

Der Landesverband Niedersachsen ist einer von 19 Landesverbänden des DRK. Es gibt also mehr Landesverbände, als es Bundesländer gibt. Nicht alle Landesverbände haben die modernen Strukturen nachvollzogen. Das zieht sich bis auf die Kreisebene durch. Auch in Niedersachsen gibt es noch ein „Gallisches Dorf“ - den Landesverband Oldenburg, mit dem wir sehr schwesterschaftlich zusammenarbeiten. Und wenn ich vom Landesverband Niedersachsen spreche, meine ich in der Regel Niedersachsen und Oldenburg. Aber letztlich spielt es keine Rolle, denn spätestens im Krisenfall ist es einfach das Rote Kreuz, und alles funktioniert einwandfrei.

Wir haben im Gebiet des Landesverbands 46 Kreisverbände. Dahinter stehen fast 1 100 Ortsvereine und rund 110 gemeinnützige Gesellschaften, die die wirtschaftlichen Betriebe führen. Es gibt eine Reihe von Stiftungen. Ich stehe beispielsweise einer Blutspendestiftung vor. Und wir haben rund 25 000 aktive Ehrenamtliche, die sich auf die Bereiche Bereitschaften, Wohlfahrt und Sozialarbeit sowie Jugendrotkreuz verteilen. Wir haben allein im Landesverbandsgebiet rund 8 000 junge erwachsene Menschen im Jugendrotkreuz, die beispielsweise örtliche Gruppen lei-

ten oder große Zentralveranstaltungen organisieren.

Neben unseren ehrenamtlichen und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wir auch immer noch 250 000 Fördermitglieder in Niedersachsen. Allerdings sind auch unsere Strukturen teils von Erosion betroffen. Denn das Rote Kreuz gliedert sich letztlich in Vereine, und die Bereitschaft von Menschen, sich über Jahrzehnte in Vereinen zu organisieren und sich dort zu engagieren, lässt ein Stück weit nach. Aber insbesondere in den eher ländlich geprägten Regionen haben wir noch sehr stabile Strukturen.

Inzwischen haben wir auch ein Geflecht von hauptamtlichen Ehrenamtskoordinatoren, die das Ehrenamt von ehrenamtsfremden Verwaltungs- und Organisationstätigkeiten entlasten und dadurch zur Stabilisierung dieser Strukturen beitragen. Dem Ehrenamt komplementär gegenüber stehen im Landesverbandsgebiet 23 600 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich wesentlich auf die Bereiche Rettungsdienst, Katastrophenschutz, Zivilschutz, Kindertagesstätten und Pflege verteilen. Darüber hinaus sind wir in der Behindertenhilfe aktiv, in den Bereichen Hausnotruf, Menüdienste, Altkleider mit Kleidershops und Kleiderkammern, und wir machen viele Projekte, auch Grasnarbenprojekte.

Sozio-Med-Mobil

Im Moment haben wir ein interessantes Projekt, das wir auch innerverbandlich pushen. Das Sozio-Med-Mobil in Wolfenbüttel ist der Versuch, ambulante Hilfe mit Information, Beratung und Transport zu verbinden. Das ist durchaus interessant für ein Flächenland wie Niedersachsen und wird von unserem Bundesverband als Bundesinnovationsprojekt unterstützt. Anfang Juli wird sich der Ministerpräsident das Projekt anschauen, Frau Ministerin Honé war auch schon da. Das Projekt wird mit Mitteln der EU unterstützt. Unser Ehrgeiz ist es, es jetzt in zwei weitere Kreisverbände zu transponieren und zu schauen, wie man es ohne EU-Mittel finanzieren kann. Denn aus einem schönen Pilotprojekt etwas zu machen, das man auch regelhaft finanzieren kann, ist die eigentliche Herausforderung. Das muss der nächste Schritt sein, und wir stecken dort viel Geld und Kraft hinein. Wir haben immer den Anspruch, in den sozialen und in den Bevölkerungsschutzbereichen innovative Projekte zu betreiben. Aber das alles muss auch finanzierbar sein.

Verbreitungsarbeit

Unlängst haben wir das Projekt Humanitäre Schule wieder der Öffentlichkeit präsentiert. Der Kultusminister war auch vor Ort. Wir haben 70 Schulen zertifiziert. Die Schülerinnen und Schüler machen bei diesem Projekt ein Planspiel, in dem zwei fiktive afrikanische Staaten versuchen, eine Konfliktlage friedlich beizulegen. Das üben die Schülerinnen und Schüler angeleitet durch Scouts, die wir ausbilden. Zudem machen die Schülerinnen und Schüler innerhalb der Klassenstruktur ein soziales Projekt. Wenn sie beide Aufgaben gemeistert haben, kann die Schule als Humanitäre Schule zertifiziert werden. Wir machen das jetzt im 15. Jahr und haben inzwischen 22 000 Schülerinnen und Schüler durch dieses System führen können. In diesem Jahr waren rund 500 Schülerinnen und Schüler als Vertreterinnen und Vertreter für 70 Schulen im Kulturpavillon am Raschplatz. Das ist ein schönes Projekt, und nicht zuletzt sind wir auch für Verbreitungsarbeit zuständig, d. h. für die Verbreitung von Kenntnissen über das humanitäre Völkerrecht und für dessen Weiterentwicklung. In diesem Bereich hat unser Bundesverband auch eine koordinierende Funktion. Nicht zuletzt unterstützt er die Bundesregierung dabei, eine rationale, völkerrechtlich gut vertretbare Position der Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln und den Interessenausgleich der verschiedenen Ministerien auf Bundesebene sicherzustellen. Dazu gibt es auch einen Fachausschuss des DRK.

Blutspendedienst

Der Kanon unserer Leistungen wäre nicht vollständig ohne das Blutspendewesen. Das DRK ist in Deutschland der größte Leistungserbringer in diesem Bereich. Wir sind in der glücklichen Situation, dort immer auf höchstem Niveau agieren zu können. Die Schweiz, die USA und Deutschland sind von den Standards her die leistungsfähigsten. Der DRK-Blutspendedienst in Springe ist einer der größten und deckt faktisch Niedersachsen, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen ab. Die Labormedizin, die dahintersteckt, die Geschwindigkeit, mit der die Präparate geprüft und verarbeitet werden, und die Logistik - das alles ist Hightech. Das ist ein großes Unterfangen, deshalb haben wir allein in unserer Tochtergesellschaft rund 800 Mitarbeiter. Dazu gehört auch die Forschungsgesellschaft GFE Blut in Frankfurt, die die Testkits permanent weiterentwickelt. Denn Produktsicherheit ist in diesem Bereich das höchste Gut, und es gibt Be-

drohungen, die es früher nicht gab. Durch die Mobilität der Menschen werden insbesondere auch tropische Viren eingeschleppt, Stichwort „West-Nil-Virus“. Es gibt schon Bereiche, z. B. um Wien herum oder in Süddeutschland, wo die Menschen von der Blutspende ausgeschlossen sind, weil dort West-Nil-Virus-Fälle statistisch signifikant aufgetreten sind.

Es gibt immer wieder neue Dinge, die ausgehend vom Paul-Ehrlich-Institut im Sinne einer Bundesvorgabe auf uns zukommen. So wird künftig auch Hepatitis E standardmäßig mitgetestet. In diesem Bereich ist dauernd Bewegung. Deshalb ist die Forschungsgesellschaft für uns so wichtig, um in der Entwicklung branché zu sein und auch um der Pharmaindustrie die Möglichkeit zu nehmen, die Preise zu diktieren. Sonst gibt es eigentlich nur noch eine Firma weltweit, die solche Testkits auf höchstem Niveau anbietet. Man kann sich vorstellen, was passieren würde, wenn eine Organisation wie das Rote Kreuz keine eigene Forschungseinrichtung vorhalten würde. Man würde ausgenommen werden wie eine Weihnachtsgans. So können wir die Preise in Deutschland ein wenig drücken. Was die Blutpräparate angeht, liegen wir bei der Hälfte bis einem Drittel dessen, was die Blutpräparate sonst im europäischen Kontext kosten. Wir leisten einen nicht unerheblichen Beitrag zu einer kostengünstigen Gestaltung dieses wichtigen Bereichs im deutschen Gesundheitswesen.

Bildungseinrichtungen

Als Landesverband haben wir zudem die Aufgabe, den Kontakt mit der Landespolitik zu halten und Lobbyarbeit zu betreiben. Wir sind auch Dienstleister für unsere Kreisverbände, d. h. wir machen die Fachberatung und bündeln das, was die Kreisverbände in den verschiedenen Leistungsbereichen sinnvollerweise nicht vorhalten können bzw. aus wirtschaftlichen Gründen nicht vorhalten wollen, auf der Landesverbandsebene.

So haben wir beispielsweise die Rettungsschule. Wir haben unsere Ehrenamtsakademie, die DRK-Landesschule in Bad Pyrmont. Das ist eine Art hotelartiger Betrieb mit knapp 60 Betten, in dem insbesondere unsere Ehrenamtlichen geschult werden. Dort bilden wir Erste-Hilfe-Ausbilder aus, Ehrenamtliche im Bereich Gesundheitsförderung und Bewegungsprogramme etc.

Wir haben ein Jugendrotkreuzhaus in Borntal bei Einbeck und neuerdings - das haben wir neu hinzugenommen und sind ganz stolz - ein weitge-

hend barrierefreies Jugendgästehaus nahe des PS-Speichers, dem schönen neuen Museum in Einbeck. Damit haben wir 223 Betten für junge Leute in Einbeck.

Das Jugendrotkreuzhaus halten wir für unser Jugendrotkreuz vor, weil, ich finde, eine Jugendorganisation ein Haus braucht, in das man gern und immer wieder fährt. Es ist auch für Großveranstaltungen tauglich und hat ein schönes Freigelände. Im Jugendgästehaus haben wir die Möglichkeit, beispielsweise Rollstuhlfahrer unterzubringen. Denn das Jugendrotkreuzhaus liegt am Hang und ist für Rollstuhlfahrer eher ungeeignet. Wir bieten zudem Schulen und mittlerweile auch inklusiven Schulklassen die Möglichkeit, die Strukturen des DRK kennenzulernen und ihre Klassenfahrten nach Einbeck zu machen. Das Programm gestalten wir gemeinsam mit den Partnern in der Stadt Einbeck wie dem PS-Speicher und deren Museumspädagogik. Am Ende geht das Ganze irgendwie mit einer schwarzen Null auf.

Die Finanzierung ist immer ein großes Thema. Als Landesverband halten wir Bildungseinrichtungen vor, aber mit Bildungseinrichtungen kann man kein Geld verdienen. Wir müssen gucken, dass wir mit den Dienstleistungen, die wir für unsere Untergliederungen erbringen, ein wenig mehr als eine schwarze Null erwirtschaften. Denn wir müssen investieren.

Wir werden auch hier am Standort investieren müssen. Das, was wir hier vorhalten, ist nicht aus öffentlichen Mitteln, sondern mithilfe der Banken aus Eigenmitteln finanziert. Wir müssen zusehen, dass wir nachhaltig und wirtschaftlich arbeiten, damit wir weiterkommen. Beispielsweise müssen wir wieder in die Landesschule investieren. Das sind historische Bauten aus den 20er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts, und Brandschutz ist dort ein Riesenthema. Im vergangenen Jahr drohte die Schließung. Diese abzuwenden war teuer, aber wir haben uns - anders als andere Landesverbände - gegen eine Schließung entschieden; denn was weg ist, ist weg. Und wenn man so eine Ehrenamtsakademie nicht mehr hat, fehlt ein Identifikationspunkt. Ich bin ein Freund solcher Häuser und konnotiere sie noch aus meinen Jugendtagen sehr positiv. Man hat gute Erinnerungen an solche Häuser. Es gibt Orte, an die man immer wieder gern fährt. Die Landesschule, die Rettungsschule, das Jugendrotkreuzhaus und das Jugendgästehaus sind solche Orte. Das ist für uns ganz wichtig.

In Hannover betreiben wir noch eine Familienbildungsstätte. Das ist auch ein wenig Grasnarbenarbeit. Sie kooperiert eng mit unseren Kindertagesstätten und gehört zu unserem Kreisverband DRK Region Hannover, der mehr als 50 DRK-Kindertagesstätten betreibt. Da gibt es eine enge Kooperation.

Krisen- und Katastrophenfall

Im Krisen- und Katastrophenfall hat der Landesverband die Federführung. Das heißt, in der Flüchtlingskrise, die wir für uns auch als eine Chance für den Verband begriffen und entsprechen genutzt haben, haben wir unsere Ehrenamtlichen motiviert und unsere Aufwuchssysteme hochgefahren. Wir haben als eine Konsequenz der Flüchtlingskrise auch hier am Standort einen permanenten Stabsraum eingerichtet. Er befindet sich im Souterrain des Hauptgebäudes, in dem ein Teil der Verwaltung untergebracht ist. - Der andere Teil unserer Verwaltung ist aus historischen Gründen im Zooviertel an der Erwinstraße untergebracht. - Dort stehen die Rechner, darauf ist die notwendige Software. Man muss im Grunde nur den Schalter umlegen und ist handlungsfähig. Wir haben dort mehr als ein Jahr Stabsarbeit gemacht.

Im Rahmen der Stabsarbeit haben wir versucht, die verschiedenen Notlagen, die sich sehr spontan und häufig über Nacht ergaben - mal kamen 1 000, mal 5 000 Menschen über Nacht -, mitzusteuern. Denn wir sind die Größte unter den Hilfsorganisationen, und die einzige, die die Fläche abdeckt. Das ist einerseits sehr schön, stellt uns aber auch vor Herausforderungen. Zwar ist das Rote Kreuz überall präsent, aber nicht überall mit der gleichen Belastbarkeit. Wir müssen, insbesondere wenn es um Schichtarbeit in solchen Aufwuchssystemen geht, Kräfte nachführen. Das müssen wir zentral koordinieren.

Wenn wir - wie beim Moorbrand im Emsland - gerufen werden, müssen wir gucken, dass wir den Schichtdienst aus ganz Niedersachsen sicherstellen. Dafür müssen Ehrenamtliche über mehrere Wochen hinweg nachgeführt werden, Leute müssen freigestellt werden, und es müssen auch Hauptamtliche mithelfen. Das ist eine große Herausforderung. Es muss zentral Material beschafft werden. Man muss auch mal in Vorleistung gehen. In der Flüchtlingskrise war das besonders schwierig. Die Kreisverbände haben gesagt: Wir bekommen gar keine Beschlüsse und können nicht auf Zuruf oder aufgrund einer E-Mail Geld

ausgeben. - Da musste der Landesverband in Vorleistung gehen. Wir haben unsere Konten strapaziert und unser Präsident hat uns die Freigabe erteilt, über 2 Millionen Euro ex Ärmelloch zu verfügen, weil wir sonst nicht hätten anfangen können. Die Notlage war da. Wir mussten einfach anfangen und konnten nicht warten, bis unsere Gremien ihre Beschlüsse gefasst haben.

Nicht zuletzt für solche Fälle haben wir eine zentrale Materialvorhaltung. Wir haben in Niedersachsen Material, um 5 500 Menschen unterzubringen und zu verpflegen, auch um eine medizinische Erstversorgung zu machen etc. Wir haben das Material disloziert. Einen Teil haben wir hier eingelagert, und wir haben insgesamt zehn Außenlager in Niedersachsen, sodass wir in den Regionen immer schon Material vorrätig haben. Dann kann man leichter nachführen und hat, vereinfacht gesagt, die Erstausrüstung schon einmal vor Ort. Allerdings muss der Umgang damit geübt werden, und das Material muss gewartet und erneuert werden. Nach der Flüchtlingskrise haben wir auch unsere Logistik umgestellt. Das Jahr war eine große Schule für uns. Wir haben eine Menge gelernt und in der Folge z. B. anderes und neues Material beschafft. Wir sind von den alten Decken zu Einmalmaterial übergegangen, auch weil es leichter zu verlasten ist. Es ist einfacher zu verpacken, leichter und hygienisch weniger problematisch. Und die Feldbetten waren ohnehin hin. Sie sind nicht dafür gemacht, ein Jahr zu dritt darauf zu sitzen, sondern dafür, eine Woche allein darauf zu schlafen.

Das Land hat uns einen Betreuungsplatz 500 Land inklusiver winterfester Zelte beigestellt, damit sind wir jederzeit in der Lage, aber auch verpflichtet, binnen 48 Stunden irgendwo in Niedersachsen ein Dorf zu errichten und es autark zu betreiben - von der Stromversorgung bis zur Verpflegung. Das ist eine große Herausforderung. Denn zum Aufbau und Betrieb braucht man 98 Menschen im Schichtsystem. Wir haben gedacht, wir werden es hoffentlich nie brauchen.

Mit dem Moorbrand im Emsland hatten wir schon die erste Übung damit. Um 11 Uhr hat Landrat Winter den Alarm gegeben, um 11.10 Uhr klingelte hier das Telefon. Das läuft mit einer Schleife über das Innenministerium über die Polizeidirektion Göttingen, die für uns zuständig ist. Es ging wie immer sehr flott. In der Krise funktioniert alles, was zu anderen Zeiten durchaus länger dauern kann. Nachmittags um 17 Uhr sind hier die Lkw vom Hof gefahren und haben den Betreuungs-

platz 500 komplett verlastet und ins Emsland gebracht. Dort hatten wir das große Glück, dass uns dort eine Berufsbildende Schule zur Verfügung gestellt worden ist. Die war zwar leider bereits belegt, als wir kamen. Aber wir haben uns arrangiert, und haben das THW und die Feuerwehren, die die unmittelbare Brandbekämpfung gemacht haben, unterstützt. Wir haben diesen Betreuungsplatz 500 dort über mehrere Wochen hinweg betrieben. Eigentlich ist das die letzte Reserve, aber wir waren die Ersten, die gefragt worden sind. Warum? - Die örtlichen Kräfte waren schon im Einsatz, die überörtlichen Kräfte brauchen länger, und man weiß, dass jemand kommt, wenn man das Rote Kreuz anruft. Bei den kleineren Hilfsorganisationen ist das zum Teil schwierig. Sie sind punktuell stark, decken aber die Fläche nicht so gut ab. Das DRK bekommt das hin, nicht zuletzt weil wir hier das Katastrophenschutzzentrum haben, wo wir entsprechende Fahrzeuge, Materialien und Menschen, die sie bewegen, haben.

Finanzierung

Ich sage ganz offen: Wir sind zwar eine Hilfsorganisation und jammern nicht, aber es ist nicht einfach, das Ganze zu finanzieren. Alle Bereiche werden immer enger. Das spüren auch die Kreisverbände. Wir hatten gestern Landesverbandsrat, da haben wir auch über die heutige Sitzung gesprochen. Sie können sich vorstellen, worum es ging. Wer einen Zug hat - das DRK Region Hannover hat fünf Züge -, hat im Jahr ein Delta im Bereitschaftsbereich von 100 000 Euro. Wenn man dann prüft, was man einem der Landkreis schuldet, stellt man fest, dass das sehr viel weniger ist. Das heißt, wir haben eine verbandseigene Vorhaltung, auf die der Staat zu Recht zurückgreift, wenn eine Krise oder Katastrophe kommt, die wir aber nun einmal finanzieren müssen, und es wird immer schwerer, dafür zu sorgen, dass in anderen Bereichen etwas übrig bleibt. Von der Pflege müssen wir gar nicht reden, der Bereich Kindertagesstätten trägt sich mehr oder weniger selbst. Die Finanzierungsquellen, mit denen man etwas gestalten kann, sind endlich. Wir leiden natürlich auch selbst unter einem sukzessiven Rückgang von Mitgliedern. Insofern ist die dauerhafte Finanzierung solcher Strukturen aus eigenen Kräften immer schwieriger.

Auf der Landesebene ist das besonders schwierig. Denn dort haben wir seit Jahren eine Förderung, die für alle Hilfsorganisationen inklusive der Feuerwehren im Katastrophenschutzbereich bei 2 Millionen Euro liegt. 400 000 Euro gehen an die

Feuerwehren. Dann bleiben für die Hilfsorganisationen Pi mal Daumen 1,6 Millionen Euro übrig. Das ist nicht sehr viel. Für die Spitzenverbände und die Gesamtorganisation, für Ausbildung und Vorhaltung auf Landesebene haben wir für alle fünf Hilfsorganisationen 436 000 Euro. Als Rotes Kreuz bekommen wir davon etwa 280 000 Euro, weil wir die größte Hilfsorganisation sind und die größte Vorhaltung haben. Aber Sie können sich vorstellen, dass wir im Jahr ein Mehrfaches dessen dazutun, um unsere zentralen Vorhalte, die Ausbildungs- und Schulungsstrukturen zu finanzieren und um in der Krise handlungsfähig zu sein. Im Moment geht das alles auf, und ich sage auch nicht, dass das im nächsten Jahr nicht mehr aufgehen wird. Davon sind wir weit entfernt. Aber das System erodiert, und es ist ein großes Risiko, dass wir immer mehr auf Verschleiß fahren und dass wir bei der Ausbildung und Instandhaltung schludriger werden. Wir merken auch, die Bereitschaft von Menschen, sich motivieren zu lassen, steigt nicht. Andere Organisationen sind anders finanziert, bei der Feuerwehr gibt es beispielsweise noch die Brandschutzsteuer. Das ist hilfreich.

Aber wie auch immer man es finanziert: Wir als Katastrophenschützer sind dann da, wenn alle anderen Systeme nicht mehr funktionieren. Natürlich kommen wir glücklicherweise selten zum Einsatz, auch wenn manchmal auf unsere Strukturen zurückgegriffen wird, ohne dass es sich formal um eine Katastrophe handelt, wie in der Flüchtlingskrise, und ohne dass die üblichen Refinanzierungsmechanismen greifen. Auch wenn wir eigentlich gar nicht unmittelbar zuständig sind, Stichwort „Moorbrand“, kommen wir gern. Gerade unsere Ehrenamtlichen wollen in den Einsatz, denn dafür wurden sie ausgebildet. Und wenn die Arbeitgeber sie freistellen, haben wir auch kein Problem, Schichtfähigkeit über mehrere Wochen sicherzustellen. Aber alles zu finanzieren und es dauerhaft stabil, modern und State of the Art zu halten, es technisch weiterzuentwickeln und zu digitalisieren oder auch nur die Fahrzeuge zu erneuern, ist ein Problem. Häufig sind die Fahrzeuge älter als die Menschen, die sie fahren. Zwar springen die alten Diesel immer noch an, und solange sie fahren dürfen, ist auch alles gut. Aber diese Fahrzeuge fahren zu dürfen, ist keine Motivation für das Ehrenamt, und die Einsatzfähigkeit leidet perspektivisch auch darunter.

Wir stehen vor ganz anderen neuen Herausforderungen, Stichworte „Cyberattacken“ und „Stromausfall“. Wir sind dabei, dieses Gelände autark zu machen, d. h. eine eigene Notstromversorgung

zu etablieren, damit wir alles über unsere Notstromaggregate betreiben können und handlungs- und steuerungsfähig bleiben, wenn Stromsysteme längere Zeit und flächendeckend ausfallen, was man nicht ausschließen kann. Insofern müssen wir uns bis hin zum Thema terroristische Anschläge - davon ist auch der Rettungsdienst berührt - auf andere und komplexere Lagen einstellen. Für alle diese Dinge brauchen wir am Ende auch Mittel.

Wir sind weit davon entfernt, sagen zu müssen, wir können unsere Arbeit nicht mehr tun. Wir entwickeln uns weiter, wir können Ihnen vieles zeigen. Aber das hat auch zwei Seiten. Unsere Gliederungen sagen: Wenn ihr so tolle Sachen vorhaltet und daran ausbildet, macht ihr unseren Leuten, den Mund wässrig, und dann kommen sie wieder nach Hause und sitzen auf einem Diesel von 1963. - Das ist ein Problem. Wir müssen gucken, dass wir in den Landkreisen insgesamt und auf Landesebene weiterkommen. Auch die Herausforderungen für das Ministerium steigen. Wir haben die Novellierung des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes (NKatSG), wir haben das Thema kerntechnische Anlagen. Dafür müssen Konzepte gemacht werden, und die müssen am Ende auch umgesetzt werden. Und wer wird das tun? - Am Ende werden es die Hilfsorganisationen sein.

Rettungsdienst und Rettungsschule

Insofern ist die Stärkung dieser Strukturen wichtig. Das ist für uns fachlich auch unmittelbar verzahnt mit dem Rettungsdienst. Wir sind immer noch der größte Anbieter im Rettungsdienst und haben in Niedersachsen einen Marktanteil von rund 50 %. Wir bilden auch einen großen Teil der Schülerinnen und Schüler aus. Wir tun das in unserer Rettungsschule - traditionell in Goslar, aber inzwischen auch hier am Standort. Das Simulations- und Trainingszentrum und das Tagungszentrum, in dem wir uns befinden, werden wesentlich genutzt und ausgelastet durch die Rettungsschule. Deshalb wollen wir hier - wir arbeiten gerade an Baurechtsthemen - gern für die Rettungsschule einen eigenen Schulbau errichten, weil die Bedarfe steigen und wir ein Interesse daran haben, unsere Qualität hoch zu halten. Die Anforderungen der Landesschulbehörde werden ebenfalls nicht geringer. Deshalb ist das, was wir momentan hier haben, eine Interimssituation. Das SiTZ wird eine permanente praktische Ausbildungsstätte sein, aber wir brauchen adäquate Schulräume. Wir sind eine große Organisation und werden

trotz fortschreitender Digitalisierung auch künftig viele Dinge nicht virtuell gestalten können und wollen. Menschen aus Haupt- und Ehrenamt müssen zusammenkommen. Wir müssen üben, deshalb brauchen wir Freianlagen, Stellplätze für unsere Katastrophenschutzübungen und bauliche Erweiterungen. Das alles wollen, können und müssen wir finanzieren.

Wir brauchen eine leistungsfähige Rettungsschule. Der Rettungsdienst ist für uns das hauptamtliche Backbone mit angeschlossenem ehrenamtlichem Aufwuchssystem. Ob erweiterter Rettungsdienst, Katastrophenschutz, Massenanfall von Verletzten - wir arbeiten - das ist unser Anspruch - auf höchstem Niveau. Darauf legt auch das Ministerium höchsten Wert. Wir sollen nicht nur da sein, sondern auch qualitativ hochwertige Arbeit leisten. Das wollen und können wir auch.

Zusammenarbeit mit Institutionen und Organisationen

Wir haben eine hervorragende Zusammenarbeit mit dem Innenministerium, die in der Flüchtlingskrise noch wesentlich gestärkt worden ist. Man hat sich mit allen Stärken und Schwächen gut kennengelernt. Wir haben viel miteinander geredet und viel voneinander gelernt. Wir haben mit den handelnden Personen auch auf sehr persönliche Weise im Sinne einer Nachbetrachtung den Austausch gepflegt, unabhängig von allen formalen Prozessen. Daraus ist eine sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit erwachsen - auch zwischen den Hilfsorganisationen. Darauf legen wir großen Wert. Denn wenn es um örtliche Ausschreibungen geht, sind wir zwar Konkurrenten, aber wenn es um Krisen oder Katastrophen geht, sind wir Partner. In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns.

Wir haben einen Landesbeirat Katastrophenschutz, in dem wir alle in der Krise zusammenwirken und auch in ruhigen Zeiten zusammenarbeiten. Das finde ich sehr gut, weil wir so vernünftig zu Konzepten kommen, solange wir Zeit und Luft dafür haben. Das fördert auch das Vertrauen für die Krisensituation, in der alles reibungslos funktionieren muss. Das Ministerium hat dort die Federführung. Der stellvertretende Vorsitz liegt bei meinem Kollegen Dr. Schwind, dem Geschäftsführer des Landkreistages, und bei mir. Da sitzen nicht nur die Hilfsorganisationen mit am Tisch, auch die Feuerwehren, das THW, die Polizei, die Bundeswehr und die anderen kommunalen Spitzenverbände sind dabei, sodass eigentlich alle

Partner, die man braucht, vertreten sind und ein vertrauensvolles Miteinander entsteht. Das ist eine schöne Sache.

Ähnlich ist es beim Rettungsdienst. Da gibt es den Landesauschuss Rettungsdienst. Dort sitzen alle Beteiligten, also das Ministerium, alle Hilfsorganisationen, auch die Ärzte und die Kassen, mit am Tisch, und alle arbeiten sehr vertrauensvoll zusammen. Beide Gremien sind über gleiche Vertreter wiederum miteinander verzahnt. Denn die medizinische Leistung, die der Rettungsdienst erbringt, ist auch eine wesentliche Leistung im Rahmen des Katastrophen- und Zivilschutzes. Am Ende muss es, unabhängig von allen Fragen zu Finanzierung und Struktur, ein konstruktives Miteinander sein.

*

Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Ich möchte mich nicht nur für diesen informativen Vortrag bedanken, sondern auch dafür, was ihre Mitglieder im Rahmen der Flüchtlingskrise geleistet haben. Ich habe damals viele Einrichtungen besucht, die vom DRK gemanagt wurden, und weiß, dass das ein unglaublicher Kraftakt war. Es hat alles wunderbar geklappt, viel besser als man sich das hat vorstellen können.

Damals sind auch viele Menschen eingestellt worden. Ich habe festgestellt, dass viele, die selbst einen Migrationshintergrund und u. a. entsprechende Sprachkompetenzen hatten, in Jobs hineingerutscht sind und zum ersten Mal zeigen konnten, was in ihnen steckt. Später habe ich mit Bedauern zur Kenntnis genommen, dass viele ihre Jobs wieder verloren haben. Haben Sie auch feststellen können, dass dort viel Potenzial schlummert? Konnten Sie einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterbeschäftigen? Wie groß war damals der Aufwuchs an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und wie viele von ihnen sind noch da?

Dr. Ralf Selbach: Für uns als Organisation war das ein Lernprozess. Wir haben seit Jahren das Projekt „Interkulturelle Öffnung“. Dass wir überhaupt ein solches Projekt haben, zeigt ja schon, dass es da eine Problematik gibt. Als Rotes Kreuz sind wir strukturell und aufgrund unserer Neutralität zunächst einmal weltoffen. Aber natürlich bewegen sich auch im DRK ganz normale Menschen, die ganz normale Vorstellungen und auch ihre Vorurteile haben. Insofern war die unmittelbare Begegnung mit Menschen mit Flucht- und Mig-

rationshintergrund für viele eine sehr positive Erfahrung, die wirklich den Horizont erweitert hat.

Wir hatten in der Flüchtlingskrise einen immensen Personalaufwuchs. Wir haben mit Haupt- und Ehrenamtlichen begonnen. Aber das Ehrenamt ermüdet nach einiger Zeit. Die Menschen haben Urlaub genommen oder sich freistellen lassen, aber nach zwei bis vier Wochen ist diese Phase vorbei. Wir haben die Ehrenamtlichen zum Teil temporär hauptamtlich eingestellt. Ich erinnere mich an einen Leiter in Schwanewede, der schon immer ehrenamtlich engagiert war. Er hat seinem Chef gesagt, er werde kündigen, wenn er nicht für ein Jahr freigestellt werden würde. Er hat ein Jahr unbezahlten Sonderurlaub bekommen, und dann haben wir ihn eingestellt. Er ist aber nicht zurückgekehrt und heute noch für uns tätig.

Wir haben damals als Landesverband zwei Anzeigen geschaltet, weil wir landesweit Leute gesucht haben und die Kreisverbände gefragt haben, wie sie das organisieren sollen, wenn sie vor Ort keine Leute haben. Wir haben sogar Bewerbungen aus Spanien bekommen. Das waren Deutsche, die im Ausland gearbeitet haben, oder Menschen aus dem europäischen Ausland, die uns unterstützen wollten. Wir hatten rund 2 000 Bewerbungen auf zwei Anzeigen, die wir geschaltet haben. Insgesamt haben wir niedersachsenweit 1 000 Menschen für ein Jahr angestellt. Die Verträge waren alle befristet, das wussten alle. Und natürlich ist die Arbeit dann sukzessive weniger geworden.

Aber viele Aufgaben sind in Regelaufgaben übergegangen. Denn viele Kreisverbände haben sich dann auf der kommunalen Ebene engagiert. Wir als Landesverband sind auf Landesebene gemeinsam mit den großen Kreisverbänden in den Unterkünften tätig gewesen. Als diese rückgebaut wurden, wurde die Zuständigkeit für die Flüchtlinge auf die kommunale Ebene überführt. Unsere Kreisverbände sind dann häufig wieder dort mit in die Arbeit eingetreten. Da hat man dann Mitarbeiter überleiten und auch neue Aufgabenfelder identifizieren können. Aber man muss ehrlich sagen: Ein Gutteil der Menschen ist wieder ausgeschieden. Aber umgekehrt sind auch viele aus dem Kreis der Geflüchteten dazu getreten. Wir als Landesverband haben selbst eine ganze Reihe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die weiter zurückliegende und aktuelle Fluchtgeschichten haben. Unsere stellvertretende Pressesprecherin ist beispielsweise Flüchtlingskind aus dem Kosovo. Unsere stellvertretende Personalchefin kommt

aus Siebenbürgen. Viele, die beim Roten Kreuz tätig sind, haben eigene Migrations- oder Fluchtgeschichten bzw. haben eine persönliche besondere Verbindung zu dem Thema.

Wir als Landesverband haben gesagt, wir gehen mit gutem Beispiel voran, und haben zwei Mitarbeiter eingestellt - erst temporär, mittlerweile unbefristet -, die aus dem Irak bzw. aus Syrien kommen. Einer der beiden nimmt Hausmeistertätigkeiten an unserem Standort an der Erwinstraße wahr und arbeitet nebenbei noch im Landtag und weist Besucher ein. Er ist im Deutschen jetzt so firm und spricht so gut, dass er anspruchsvolle Aufgaben wahrnehmen kann. Der andere Mitarbeiter ist hier als Hausmeister tätig. Beide haben eine handwerkliche Qualifikation und sind bei uns geblieben. Sie waren damals im Oststadtkrankenhaus untergebracht. Dort haben wir sie kennengelernt. Sie haben sich sehr engagiert, und wir haben gedacht, warum sollten wir sie nicht einfach einstellen. Das DRK Region Hannover hat bis heute eine Gesellschaft, die sich mit der Begleitung von Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund beschäftigt.

Aber natürlich sind es weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geworden. Wir haben als Rotes Kreuz allein auf der Landesebene in den großen Notunterkünften Plätze für 20 000 Menschen vorgehalten. Rund 60 000 Menschen von den 100 000 Geflüchteten sind durch unsere Einrichtungen gegangen. Natürlich konnten wir nicht alle Arbeitsplätze aufrechterhalten.

Abg. Dr. Marco Genthe (FDP): Ich wollte zwei Aspekte aufgreifen: zum einen die Beziehung zwischen Hauptamt und Ehrenamt und zum anderen das Thema Ausschreibungen. Einige Landkreise haben auf die Entscheidung des EuGH gewartet, was das Thema beschränkte Ausschreibungen betrifft, und fangen jetzt an, ihre Rettungsdienste auszuschreiben. Nicht Teil der Ausschreibungen sind die ehrenamtlichen Strukturen, die meist in den Landkreisen bestehen. Können Sie etwas dazu sagen, wie wichtig das Ehrenamt für Sie ist, damit das Hauptamt funktioniert? Formal ist das ja getrennt, aber praktisch gibt es doch einen engen Zusammenhang.

Dr. Ralf Selbach: Häufig sind es dieselben Menschen. Führungskräfte aus dem Katastrophenschutz kommen aus dem Rettungsdienst und umgekehrt. Viele, die sich hauptamtlich engagieren, sind auch im Ehrenamt blaulichtaffin. Wir haben viele Ehrenamtliche, die im Rettungsdienst

mitfahren. Insbesondere Kassen legen großen Wert darauf, dass dort auch Ehrenamtliche tätig sind. Spätestens wenn ein Massenansturm von Verletzten oder Erkrankten eintritt, braucht man Aufwuchssysteme, und dann braucht man qualifizierte Ehrenamtliche, die nachrücken können, die nicht nur auf den Fahrzeugen mitfahren, sondern auch in der Lage sind, eine Leitstelle zu besetzen, wenn diese selbst freigezogen ist, und Ähnliches. Das sind alle Situationen, die wir schon erlebt haben. Wenn z. B. auf der A 2 ein größerer Autounfall mit einer Vielzahl an Verletzten ist, dann müssen unsere ehrenamtlichen Strukturen den Regelrettungsdienst hinterlegen können. Das setzt natürlich Qualifikation und Ausbildung voraus. Insofern hängt das unmittelbar zusammen.

Und man muss auch sehen, dass unsere Ehrenamtlichen, wenn sie nicht im Schichtbetrieb mitfahren könnten, kaum die Möglichkeit hätten, zu erleben, was in der Krise gemacht werden muss.

Abg. Dr. Marco Genthe (FDP): Haben Sie die Erfahrung gemacht, dass das nicht so gut funktioniert, wenn unterschiedliche Organisationen beteiligt sind, also wenn beispielsweise der Rettungsdienst durch eine andere Hilfsorganisation durchgeführt wird, Sie aber die ehrenamtlichen Strukturen vor Ort haben?

Dr. Ralf Selbach: Systemisch funktioniert es natürlich besser, wenn Johanniter mit Johannitern arbeiten und DRK mit DRK. Aber unsere Attraktivität im Ehrenamt leidet, wenn wir in der hauptamtlichen Abteilung des Blaulichtbereichs nicht präsent sind. Dadurch mangelt es uns an Präsenz, an kompetenten Menschen vor Ort, und - mit Verlaub - dann mangelt es uns auch an Wirtschaftskraft. Denn der Rettungsdienst ist natürlich auch eine ökonomische Komponente, die uns wesentlich dazu dient, unsere verbands-eigenen Katastrophenschutz-Vorhaltungen zu finanzieren, weil alles eben miteinander verzahnt ist.

Sie haben die Bereichsausnahme angesprochen. Das ist ein ganz sensibles Thema. Wir haben schon an dem Tag, nachdem der EuGH geurteilt hatte, zusammengesessen: Hilfsorganisationen, Innenministerium, Landkreistag und der Rechtsanwalt Kieselmann aus Berlin, der dieses EuGH-Urteil im Wesentlichen mitherbeigeführt hat. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass die Bereichsausnahme in Niedersachsen gilt. Das bedeutet, dass man nicht zwingend dem Vergaberecht unterliegt. Das ist der wesentliche Punkt. Das Problem ist nicht die Ausschreibung, sondern

das Risiko des Verlustes des Auftrages. Es versichert die Menschen, die den Rettungsdienst betreiben, wenn sie nicht wissen, ob sie - schlicht gesagt - ihren Job in fünf Jahren noch haben. So etwas macht natürlich Strukturen kaputt. Wir merken, dass dort, wo wir den Rettungsdienst verloren haben - das ist beim DRK bisher glücklicherweise nur selten der Fall -, auch die ehrenamtlichen Strukturen schwächeln. Das macht die Kreisverbände nicht kaputt, die gibt es weiterhin, doch sie sinken auf ein anderes Niveau und spielen in einer anderen Liga. Das spürt man nicht nur wirtschaftlich, sondern man merkt das auch strukturell und bei der Attraktivität. Wenn man da nicht präsent ist, ist man für Ehrenamtliche nicht mehr so spannend. Das ist für die Nachwuchsgewinnung schwierig.

Natürlich kooperieren wir auch mit anderen Hilfsorganisationen, aber - das muss man ganz ehrlich sagen - das ist nicht dasselbe. Es macht einen Unterschied, ob ich für „meine“ Organisation tätig oder Unterstützer für Dritte bin. Es ist nicht der eigene Verein, und in diesem Land ticken wir so, dass wir in erster Linie für unseren Verein etwas tun. Den kenne ich, mit dem bin ich innig verbunden, dort bin ich eingeübt. Ich bin zwar weit davon entfernt, zu sagen, bei einem Auftragsverlust sei alles aus. Das ist Unfug. Wir sind dann weiterhin präsent. Aber es ist ein anderes Qualitätsniveau.

Wir gehen davon aus, dass die Bereichsausnahme gilt, aber es gibt ein Orbiter Dictum des OVG Lüneburg, in dem in einem Nebensatz gesagt wird, es sei zweifelhaft, ob sie wirke. Das OVG hat eine Eilentscheidung getroffen. Entsprechend eilig hat es auch begründet und nicht gesagt, warum es das so sieht. Das hätten wir gern gewusst.

Das OLG wiederum sagt dazu nichts. Wir gehen jedenfalls davon aus, dass die Bereichsausnahme bundesweit gilt. Aber bis das überall durchgedrungen und für alle auch in der subjektiven Wahrnehmung Rechtssicherheit gegeben ist und bis jeder Sachbereiter in jedem Landkreis das durchdrungen hat, wird noch viel Zeit vergehen. Ich fürchte, es wird auch viele Klagen geben, weil natürlich insbesondere private Anbieter ihr wirtschaftliches Eigeninteresse haben. Die Bereichsausnahme bedeutet eben, die Hilfsorganisationen bekommen den Zuschlag, soweit sie gemeinnützig sind. Das sind wir genauso wie der Arbeiter-Samariter-Bund, die Malteser und die Johanniter, und eben nicht die privaten Anbieter wie Falck aus Dänemark, die zwar eine fachlich

gute Arbeit machen, aber einen gewerblichen Hintergrund haben.

Wir wollen über den Sommer abwarten, wie die Wahrnehmung der Bereichsausnahme ist, die nach unserer und der Rechtsauffassung des Landkreistages gilt. Dann werden wir wissen, ob wir noch einmal das Gesetz ändern müssen, 2012 haben wir bereits eine gute Novellierung gehabt, und nach meiner Rechtsauffassung und die der Topjuristen des Landkreistages deckt § 5 die Bereichsausnahme ab, auch wenn das Wort Bereichsausnahme 2012 naturgemäß noch nicht genannt wurde.

Im Zweifel werden wir noch auf Sie zukommen. Nach der Novellierung ist ja immer vor der Novellierung, und irgendwann sollte noch eine Experimentierklausel ins Rettungsdienstgesetz aufgenommen werden, damit wir Dinge, die wir für fachlich geboten erachten, auch in der Praxis erproben dürfen. Das halte ich für eine sinnvolle Sache. Aber das machen wir, wenn einige Dinge zusammengekommen sind, denn es hat ja keinen Sinn, wegen „Kleinkram“ eine Gesetzesänderung anzuschieben und Grundsatzdiskussionen zu führen.

Entscheidend ist am Ende, dass die Politik auf der Kreisebene entscheiden kann, wie sie es gestalten will. Wer den Rettungsdienst kommunalisiert betreiben will, der soll es tun, auch wenn es für uns die schlechteste der möglichen Varianten ist. Wer seinem privaten Anbieter nicht schaden will, den kann man auch verstehen. Wer aber künftig, wenn er Mehrbedarf hat, nur mit den Hilfsorganisationen arbeiten möchte, der kann sich laut Landkreistag auf die Bereichsausnahme berufen und den Rettungsdienst einer Hilfsorganisation übertragen. Damit bewegt man sich im Verwaltungsrecht. Dagegen wird es sicherlich Klagen geben, aber damit können wir leben. Wir gehen davon aus, dass sich sukzessive eine Grundsituation verfestigen wird, die diese Bereichsausnahme zur Wirkung bringt und verhindert, dass kommerzielle Interessen Dritter von außen in das System getragen werden und vielleicht das fragile Gesamtgefüge von Hauptamt und Ehrenamt in Rettungsdienst, Katastrophen- und Zivilschutz zerstören.

*

Rundgang durch das SITZ

Der Leiter der DRK-Rettungsschule **Ralf Seebo** gab den Ausschussmitgliedern eine kurze Einführung mit Blick auf den folgenden Rundgang:

Ausbildung beim DRK

Seit 1969 gibt es die Rettungsschule des DRK in Goslar. Wir haben dort angefangen, auszubilden, ohne dass es überhaupt den Beruf des Rettungsanitäters bzw. eine Ausbildungsvorgabe gab. Damals gab es den sogenannten Transportsanitäter. Das umfasste ein wenig mehr als eine Erste-Hilfe-Ausbildung. Mitte der 70er-Jahre kam dann der Rettungsanitäter dazu. Dieser Beruf sollte damals durch ein Bundesgesetz geregelt werden. Das ist aber im Bundesrat aus finanziellen Gründen gescheitert. Man hat sich dann auf ein 520-Stunden-Programm „Rettungsanitäter“ geeinigt, um überhaupt einen bundesweiten Standard zu haben. 1989 kam dann die geschützte Berufsbezeichnung Rettungsassistent.

Seit 2014 gibt es nunmehr das Berufsbild „Notfallsanitäter“. Das ist ein dreijähriger Ausbildungsberuf mit Stationen in Schule, Klinik und Rettungswache. Das ist ein Beruf, der den jungen Leuten sehr viel Spaß macht und bei dem sie sehr viel Engagement zeigen. Es gibt einen Riesenrun auf die Ausbildungsplätze. Wir haben sehr viele Bewerber. Die Region Hannover bildet beispielsweise eine ganze Klasse mit 20 Teilnehmern pro Jahr aus. Wir haben rund 200 Bewerber auf diese 20 Plätze. In anderen Bereichen sind die Relationen ähnlich. Wir sind schon 2014 mit der Ausbildung gestartet; denn in Niedersachsen reden wir miteinander. Kostenträger, Kultusministerium, Innenministerium, kurz: alle Beteiligten, sitzen an einem Tisch, und es kommt tatsächlich sehr schnell ein Ergebnis zustande. Kollegen aus anderen Bundesländern beneiden uns darum.

Dr. Ralf Selbach: Andere Bundesländer haben ein bis zwei Jahrgänge verloren, als 2014 das Berufsgesetz wirksam wurde, während wir auch dank guter Vorabsprachen mit den Kassen tätig werden konnten. Die Kassen mussten wissen, wann was auf sie zukommt, und eine Gefühl dafür gewinnen, was sie in ihrem Budget einplanen müssen. Wir haben eine mehrjährige Hochrechnung angestellt, um zu klären, über wie viele Menschen wir sprechen. Das zu erfassen, war nicht so einfach. Wir wissen zwar, wie viele wir haben, aber nicht, wie viele alle zusammen haben. Wir haben die Zahl und den Aufwuchs bis

2021 über unseren Marktanteil hochgerechnet und geguckt, was das bedeutet und was der Schulbetrieb kostet. Dann haben wir uns auf einen schlanken Wert geeinigt, und deshalb konnten wir schon 2014 starten. Das ist ein großes Pfund für uns.

Ralf Seebode: Mittlerweile haben wir rund 250 Schülerinnen und Schüler in drei Ausbildungsjahrgängen. Wir haben im Mutterstandort Goslar drei Klassen und hier am Standort Hannover ebenfalls drei Klassen. Hinzu kommen diejenigen, die Rettungsassistenten sind und sich über eine gesonderte Prüfung zum Notfallsanitäter weiterqualifizieren wollen. Sie müssen dafür eine Prüfung ablegen. Mittlerweile sind mehr als 3600 Urkunden in Niedersachsen übergeben worden. Fast die Hälfte davon kommt vom DRK. Wir haben über die Jahre viele Menschen fortgebildet und am Ende auch geprüft.

Denn man wollte nicht einfach eine neue Berufsbezeichnung vergeben, sondern die angehenden Notfallsanitäterinnen und -sanitäter mussten auch unter Beweis stellen, dass sie die Inhalte auch wirklich beherrschen. Niedersachsen ist da Vorreiter. Wir haben unseren Anteil beigetragen und etwas geschaffen, um das uns viele andere Bundesländer beneiden, die sehr spät reagiert haben. Denn diese Möglichkeit der Übergangsprüfung wird am 31. Dezember 2020 enden. Wer bis dahin die Prüfung nicht geschafft hat oder noch keine Möglichkeit hatte, geprüft zu werden, wird hinten runterfallen. So ist das Bundesgesetz. Es gab zwar vage Anzeichen aus Nordrhein-Westfalen und Bayern, das Gesetz noch zu kippen. Aber diese Ambitionen sind mittlerweile offenbar versandet.

Virtual Rescue Anwendung

Wir möchten Ihnen heute unsere Virtual Rescue Anwendung zeigen, die wir in diesem Jahr neu geschaffen haben. Gerade beim Thema neue Bedrohungslagen, Stichwort „terroristische Attacken“, gilt es angesichts einer Vielzahl von Patienten, die Patienten sehr schnell zu klassifizieren und zu sichten, wer welche Verletzungen hat und in welcher Reihenfolge behandelt werden muss. Dies zu üben, ist sehr aufwendig. Wir haben beispielsweise vor 14 Tagen im Kurs „Leitender Notarzt“ zusammen mit der Feuerwehr Hannover eine Übung durchgeführt. Wir haben knapp 40 Patienten geschminkt und an der Bundeswehrkaserne in Hannover ein Szenario gestaltet. Um diese Übung machen zu können, wurden fast 400

Einsatzkräfte bewegt. Das kostet viel Geld und Personaleinsatz.

Wir haben überlegt, wie man das anders machen kann, und Kontakt zu einer Firma, die eigentlich aus dem Bereich Architektur kommt und virtuelle Realität umsetzt, aufgenommen. Bei Virtual Rescue bewegt man sich mithilfe einer Brille, die man aufsetzt, in einem virtuellen Raum und kann dort Patienten sichten. Man kann üben, die Verletzungsmuster ganz schnell zu erkennen und die Patienten so einzuteilen, dass die nachfolgenden Mannschaften das bei der Versorgung berücksichtigen können.

Sie brauchen nur noch einen Raum, einen Rechner mit einer leistungsstarken Grafikkarte und die Brille. Sie brauchen keine 20 geschminkten Patienten und müssen keinen U-Bahnhof sperren. Hinzu kommt, dass sich die 20 Patienten abends, nachdem 20 Personen nacheinander eine Sichtung an ihnen durchgeführt haben, sicherlich anders verhalten als morgens. Die Ergebnisse sind entsprechend unterschiedlich. Die virtuellen Patienten verhalten sich immer identisch. Wir können sogar wissenschaftlich messen, ob unsere Schulungsmaßnahmen erfolgreich waren, indem wir eine ungeschulte Kontrollgruppe in das Szenario schicken, die aus dem Bauch heraus entscheiden soll. Wir können so auch nachweisen, wie sinnhaft es ist, sich vorher mit der Thematik auseinandergesetzt zu haben. Wir sind ganz stolz auf dieses Projekt, das in dieser Form einmalig ist und dem Schulungsbedarf der jungen Leute Rechnung trägt. Natürlich machen wir weiterhin aufwendige Übungen. Denn die virtuelle Übung kann die reale nicht ersetzen, aber sie ergänzen. Wir setzen Mimen ein und üben den Umgang mit realen Menschen. Wir setzen Simulationsgeräte ein, die Dinge beherrschen, die ein Mime nicht spielen kann, beispielsweise nur auf einer Seite zu atmen, und wir tauchen in eine virtuelle Welt ein. Am Ende macht es die Mischung.

*

Im Anschluss an den Vortrag unternahm der **Ausschuss** einen Rundgang durch die Räumlichkeiten der Rettungsschule und ließ sich die Funktionsweise der Virtual Rescue Anwendung demonstrieren.

Des Weiteren führten angehende Notfallsanitäter den Ausschussmitgliedern im Rahmen eines Übungsszenarios die Funktionsweise des Patientensimulators SimMan 3 G vor.

Abschließend besichtigten die Ausschussmitglieder die Halle, in der der Betreuungsplatz 500 Land gelagert wird, und besprachen mit Karsten Broszeit, Referent für Bereitschaften und Katastrophenschutz, Fragen zu dessen Einsatz und Vorhaltung.
